

## Amtsgeschichte

### ↳ Was macht unsere Amtsgeschichte aus?

Die nächsten Kapitel stehen ganz im Lichte der ► **Amtsgeschichte**. In einhundert Jahren geschieht viel Bedeutendes und viel Unbedeutendes. Allein das Aufführen aller bedeutenden Ereignisse würde den hier gegebenen Rahmen sprengen. Aus diesem Grunde wird zuvorderst von solchen Impulsen berichtet, die entweder das Überleben des Amtes in schwierigen Zeiten sicherten oder von denen das Amt in seiner Fortentwicklung nachhaltig profitierte.

In der Rückschau wird deutlich, dass über mehr als 60 Jahre hinweg das Dasein des Amtes fast ausschließlich auf der Sammlung und Tabellierung von Daten und der Abwicklung der Pflichterhebungen in der Auftragsstatistik beruhte. Ab den 1970er-Jahren kristallisierten sich eine zunehmende **fachliche Emanzipation**, ein an **Dienstleistungen** orientiertes Leistungsprofil und ein wachsender **Eigenanspruch** heraus. Erst seit etwa 20 Jahren werden in den drei Fachbereichen „Statistik“, „Stadtforschung“ und „Wahlen“, die das Amt heute besitzt, regelmäßig empirische Untersuchungen und quantitative sowie qualitative Analysen nach anerkannten ► **sozialwissenschaftlichen Standards** durchgeführt.

### ↳ 1907 bis 1913: Von der Gründung bis zum ersten Weltkrieg

Auch vor der Gründung des Amtes 1907 bestand für die Stadtverwaltung die Notwendigkeit **Statistiken** aufzustellen und zu pflegen. Allerdings erfolgten die notwendigen Arbeiten



dezentral. Im Jahre 1892 richtete die Stadt Wiesbaden eine Stelle für statistische Angelegenheiten ein, um die Mitarbeit am ► **„Statistisches Jahrbuch deutscher Städte“** zu gewährleisten. Erst 15 Jahre später am **1. April 1907** konnte durch die offizielle

► **Gründung des Amtes** die Wiesbadener Statistik aus ihrem provisorischen Dasein befreit werden. Neben dem Amtsvorsteher umfasste das damalige Stammpersonal einen Bürovorsteher und vier Hilfskräfte. Die ersten Aufgaben bestan-

den darin, die Gesamtstadt in vierzehn „**Statistische Bezirke**“ einzuteilen, die **Bevölkerungsstatistik** kleinräumig fortzuschreiben und über die eigene **Bibliothek** den Schriftenaustausch mit in- und ausländischen Behörden abzuwickeln.

### Den Wiesbadener Wohnungsmarkt

erfasste das Amt zum ersten Mal durch eine Zählung im Herbst 1907. Ab 1908 konnte auch die **Bautätigkeit** in der Stadt vom Statistischen Amt dokumentiert werden. Im gleichen Jahr

erfolgte erstmals eine Zählung der Arbeitslosen. Außerdem war das Amt von Beginn an für die Durchführung und Organisation aller **Volks- und Landwirtschaftszählungen** in Wiesbaden zuständig. Zur Bewältigung dieser großen Aufgaben war immer zusätzliches Personal notwendig.

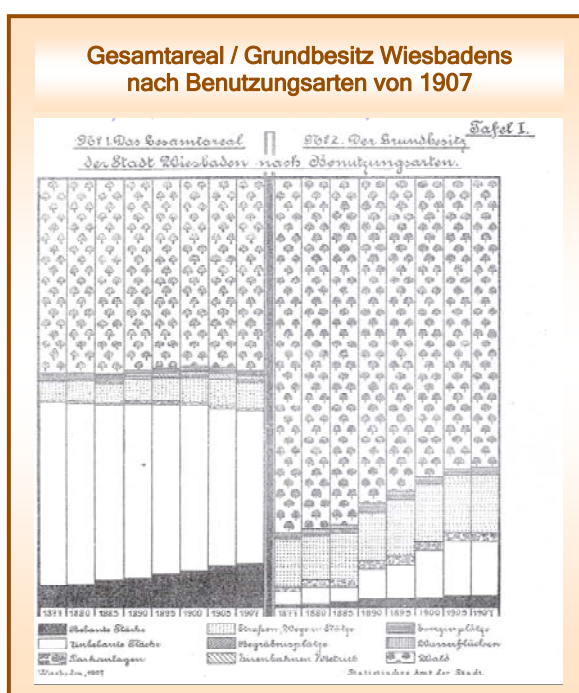
Die ► „**Statistischen Monatsberichte**“ waren die erste Veröffentlichungsreihe des Amtes. Zudem gab es den ► „**Statistischen Jahresbericht**“, der zusätzlich zu den

Jahreskennzahlen beispielsweise auch Angaben über die Nutzung des Stadtgebiets und Zahlen über beschäftigte Arbeiter enthielt. Die Ergebnisse der besonderen Arbeiten, die der Magistrat dem Amt übertrug, sind damals als Einzelhefte der ► „**Wiesbadener Statistik**“ oder als ► „**Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Wiesbaden**“ erschienen.

Ab 1908 erweiterte sich die Arbeit des Amtes einerseits durch die Anfertigung des städtischen ► **Verwaltungsberichts** und andererseits durch Arbeiten für **externe**



Gesamtareal / Grundbesitz Wiesbadens nach Benutzungsarten von 1907



**Stellen** wie beispielsweise für die Zentralstelle des deutschen Städtetags, für das „Kaiserliche Statistische Amt“ und für das „Kaiserliche Gesundheitsamt“.

## ↳ 1914 bis 1938: Erster Weltkrieg und die Zeit zwischen den Weltkriegen

Während des ersten Weltkriegs erwuchsen für das Statistische Amt neue Aufgaben vor allem durch Erhebungen zur **Lebensmittelversorgung**, zur **Versorgung mit Gebrauchsgütern**, aber auch durch die Bearbeitung der Bevölkerungsbewegungen für die **Lebensmittelzuweisungen** an die hungernde Bevölkerung der Stadt.

Nach dem ersten Weltkrieg ergaben sich für Wiesbaden große Probleme durch Besatzung, Geldentwertung und die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Deshalb wurde das Statistische Amt veranlasst, die französische Besatzung monatlich über Versorgungslage und Preisentwicklung zu informieren. Insbesondere in der folgenden Inflationszeit nahm die **Preisstatistik** einen großen Raum ein. Im November 1921 bekam das Statistische Amt die ► **„Preisprüfungsstelle“** zugeordnet, was in der Konsequenz die Sammlung von Unterlagen über die Preisgestaltung der Produkte des täglichen Bedarfs bedeutete. Mit steigender Geldentwertung nahm diese Tätigkeit in erheblichem Maße zu bis schließlich Ende 1922 die **Teuerungszahl** wöchentlich zu ermitteln und zu vergleichen war.

Die Arbeiten im Statistischen Amt wurden in der Mitte der 20er-Jahre dominiert von der **Volks-, Berufs- und Betriebszählung**, die mit einer **Grundstücks- und Wohnungszählung** einherging. In der gleichen Zeit erfolgten die Eingemeindungen der Stadt Biebrich, Dotzheim, Schierstein und von weiteren neun - vorwiegend ländlich geprägten - Umlandgemeinden in das Wiesbadener Stadtgebiet. Dadurch vergrößerte sich der Anteil der **Landwirtschaftsstatistik** an den Arbeiten erheblich. Fortan wurden die ► **Monatsberichte** um Zahlen für die neu eingemeindeten Orte und durch die Aufnahme einer **Arbeitsmarktstatistik** erweitert.

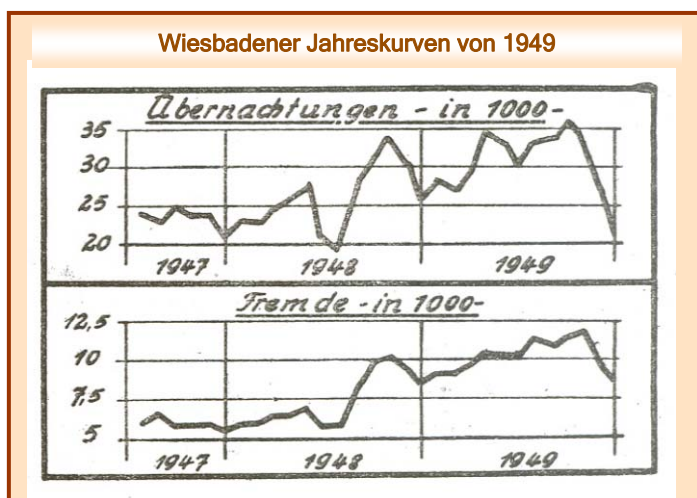
Ab 1930 gewann die **Statistik der Lebenshaltungskosten** wieder erhöhte Bedeutung, das heißt, laufend mussten die Preisbewegungen ermittelt und veröffentlicht werden. Im Frühjahr 1931 erschienen erstmals ► **vierteljährliche Berichte** über die Wiesbadener **Bevölkerung und Wirtschaft** in der Lokalpresse. Vorbereitung und Durchführung der Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Juni 1933 waren eine große Aufgabe für das Statistische Büro. Es mussten u. a. über 11 000 Grundstückslisten und über 50 000 Haushaltslisten ausgefüllt werden.

In den Jahren ab 1933 nahmen die Arbeiten des Statistischen Amtes durch staatliche Aufträge deutlich zu. Zahlreiche Erhebungen waren insbesondere im Landwirtschaftsbereich durchzuführen, aber auch den Verbrauch industrieller Erzeugnisse und den Verkehr. Um die vielen Einzelerhebungen durchführen zu können, musste dabei immer wieder auf die Hilfe von zahlreichen **ehrenamtlichen Kräften** zurückgegriffen werden. Die Erfassung der leer stehenden Wohnungen erfolgte 1937 erstmalig als Kosten sparende **sekundärstatistische** Erhebung.

Auch in den Bereichen **Wohlfahrts-, Arbeitslosen-, Krankenkassen- und Preisstatistik** kam es zu einer deutlichen Ausweitung der laufenden Tätigkeiten. So waren die Obst- und Gemüsepreise auf dem Wiesbadener Groß- und Wochenmarkt zu ermitteln und außerdem die Entwicklung der Fleischpreise zu veröffentlichen. Mit dem Ausbau der Preisüberwachung im Dritten Reich nahmen die Erhebungen über Lebensmittelpreise immer stärker zu. Besondere Untersuchungen wurden den Zu-, Fort- und Umzügen gewidmet sowie der wirtschaftlichen Lage der Stadt Wiesbaden, insbesondere der Arbeitslosigkeit. Im Jahre 1939 stand wieder die Organisation und Durchführung einer Volkszählung an.

#### ↳ 1939 bis 1953: Zweiter Weltkrieg und Wiederaufbau

Ab Herbst 1939 ist dem Amt aufgrund nationaler Geheimhaltung untersagt worden, statistische Ergebnisse von Erhebungen bei Industrie, Landwirtschaft, Handel und Handwerk sowie Statistiken über Güterverkehr und Außenhandel zu veröffentlichen. Die Bekanntmachungen sämtlicher statistischer Angaben über Roh- und Hilfsstoffe sowie über die zugehörigen Vorräte unterblieben, ebenso der Druck der statistischen Monatsberichte. Die Bevölkerungsfortschreibung erfolgte jedoch noch bis Anfang 1945.



Das Aufgabengebiet des Statistischen Amtes erweiterte sich kurz nach dem Krieg durch die Anforderungen des Hessischen Statistischen Landesamts sowie der US-Militärregierung. Die Hauptaufgabe des Jahres 1946 war die **Volks-, Berufs- und Wohnungszählung**.

Die im Sommer 1939 eingestellte Veröffentlichung der ► **„Statistischen Monatsberichte der Stadt Wiesbaden“** konnte wieder aufgenommen werden. Für das Jahr 1946 erschien ein ausführlicherer statistischer ► **Jahresbericht**, dem in der Folgezeit ► **Vierteljahresberichte** folgten. Da man die Bevölkerungsfortschreibung bis zum Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung von 1946 aussetzen musste, veröffentlichte das Statistische Amt ersatzweise die Bevölkerung nach Zahl der ausgeschriebenen Lebensmittelkarten. Im Sommer 1947 führte man für den Stadtkreis Wiesbaden die **Fremdenverkehrsstatistik** wieder ein und nahm die regelmäßigen **Meldungen an die Presse** erneut auf. Ab dem Jahre 1949 erhielten die ortsansässigen Schulen eine allgemein verständliche Übersicht ► **„Wiesbaden in Zahlen“** als Material für den politischen Unterricht. Ab 1950 publizierte das Amt monatlich in den ► **Amtlichen Mitteilungen** der Stadtverwaltung die fortgeschriebene, nach Stadtbezirken gegliederte Einwohnerzahl.

Die süddeutsche Arbeitsgemeinschaft im Verband Deutscher Städtestatistiker entwarf ein monatliches Austauschblatt für Zwecke der vergleichenden Städtestatistik, an dem sich auch Wiesbaden beteiligte. Ab 1949 beantwortete das Statistische Amt monatlich die Fragebögen zur **„Vergleichenden deutschen Städtestatistik“** und nahm an der vergleichenden Preisstatistik deutscher Großstädte teil.

Damals mussten die Preise von bis zu 400 verschiedenen Waren ermittelt werden, wozu über 50 Einzelhandelsgeschäfte befragt wurden. Dazu kamen noch weitere 75 Positionen, die halbmonatlich festzuhalten waren. Die Preise von ausgewählten Produkten waren einmal oder sogar zweimal wöchentlich (Obst und Gemüse) zu erfassen. Außerdem waren damals auch vierteljährlich **Mietpreise** zu erheben. Seit 1952/53 arbeiteten daher zusätzlich drei Preisermittler an zwei Tagen pro Monat.

Als Ergebnis der Volkszählung von 1950 forderte die Stadtverwaltung zahlreiche Sondertabellen an, die u. a. als statistische Grundlagen für ein Gutachten über die wirtschaftliche Existenzgrundlage der Wiesbadener Bevölkerung dienen. 1953 begann auch eine Bearbeitung der **innerstädtischen Wanderungen** (Umzüge) nach statistischen Bezirken, wodurch die Fortschreibung der Bevölkerung verfeinert werden konnte. Des Weiteren konnte auch eine **Bautätigkeitsstatistik** im Auftrag des Landes geführt werden, die am Ende eines Jahres auch die Erfassung des Bauüberhangs vorsah. Auf dringende Nachfrage anderer Verwaltungen, insbesondere von Polizei und Post entstand 1953 ein ► **Straßenverzeichnis** mit Bezirksangaben.

Im Jahre 1952 fand erstmals eine ausführliche Dokumentation der Ergebnisse zur Stadtverordnetenwahl durch das Statistische Amt statt. Neben der Darstellung der **Wahlergebnisse** in den einzelnen Stimmbezirken hatte man auch die soziale und politische Struktur der Bevölkerung betrachtet. Im Hinblick auf die geplante **Angliederung des Wahlbüros** führte das Statistische Amt erstmalig 1954 die Wahlen zur Hauptversammlung der Land- und Forstwirtschaftskammer Hessen-Nassau durch.

### ↳ 1954 bis 1985: Statistisches Amt und Wahlamt

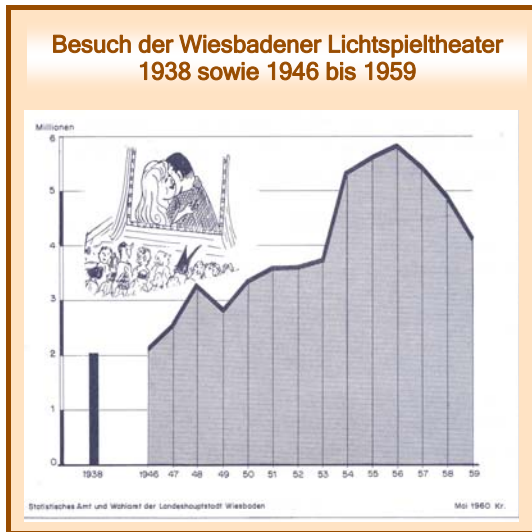
1954/55 wurden das **Wahlbüro** samt Adressiermaschinenanlage (ADREMA) und die **Lohnsteuerkartenstelle** (samt Einwohnerregister) in das neu benannte ► „**Statistisches Amt und Wahlamt**“ eingegliedert. Mit Hilfe der Adressiermaschi-



nenanlage konnten erstmals Wählerverzeichnisse, Wahlbenachrichtigungen, Lohnsteuerkarten und weitere Listen, wie beispielsweise für das Adressbuch effizient gedruckt werden. Die Lohnsteuerkartenstelle führte eine **Einwohnerkartei**, in der pro Jahr bis zu 100 000 Berichtigungen und Ergänzungen stattfanden. In einem Jahr sprachen bis zu 45 000 Personen beim Statistischen Amt und Wahlamt vor, um eine Än-

derung ihrer Steuerklasse oder sonstiger Steuermerkmale zu beantragen. Insgesamt erfolgte durch die Adrema der Druck von bis zu 170 000 Lohnsteuerkarten pro Jahr.

Die Zahl der mündlichen und schriftlichen **Anfragen** im Bereich Statistik erhöhte sich in den 1950er und 1960er-Jahren immer mehr. Zahlreiche Behörden und Privatbetriebe, Banken, Versicherungen, Berufs- und Interessenverbände erboten statistisches Material.



Im Jahr 1954 unterstützte das Amt mit umfangreichem Material den Zweckverband Mainz-Wiesbaden. Es entstanden u. a. Kartenwerke über die Energie- und Wasserversorgung sowie über die Verkehrslinien im Gebiet von Mainz-Wiesbaden sowie den angrenzenden Landkreisen. **Sonderauszählungen** im Bereich der Bevölkerungsstatistik dienten z. B. als Unterlage bei der Errichtung neuer Kirchengemeindebezirke und verschiedener Verkehrsplanungen. Die Meldetätigkeit

zahlreicher externer Stellen dehnte sich in der 2. Hälfte der 50er-Jahre deutlich aus (Lichtspieltheater, Kunst- und Kultureinrichtungen, Fürsorgeamt, Polizeiverwaltung). Die daraus resultierenden Datenbestände werteten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für unterschiedliche Zwecke auch immer wieder gesondert aus. Die Ergebnisse sind als so genannte Textbeiträge in der Veröffentlichungsreihe ► **„Statistische Berichte“** publiziert worden (siehe „Veröffentlichungen aus 100 Jahren“). Zwischen 1952 und 1956 gab das Statistische Amt ein ausführlicheres ► **Jahrbuch** heraus.

Fast sämtliche Auswertungstabellen waren 1957/58 überarbeitet und teilweise deutlich erweitert worden. So konnte eine ausführliche **Wanderungsstatistik** geführt werden, in der monatlich die Zu- und Fortziehenden nicht nur nach statistischen Bezirken und Geschlecht, sondern auch nach Herkunfts- und Zielgemeinden, nach Altersgruppen, Familienstand und Religion gegliedert waren. Um ein umfassendes Zahlenmaterial für An- und Umfragen sowie Untersuchungen dauernd bereithalten zu können, entschloss man sich ab 1956 eine große **statistische Kartei** anzulegen. Auf Karteikarten, die nach einheitlichem Schema jeweils für ein Jahr angelegt worden waren, erfolgte die Fortschreibung der Monats-, Vierteljahres- und Jahreszahlen aus vielen unterschiedlichen Bereichen (z. B. Naturverhältnisse, Bevölkerung, Beschäftigung, Wirtschaft, Verkehr). Außerdem entstand eine so genannte Jahreskartei, die den Zweck hatte, die Jahreszahlen festzuhalten und jährlich zu ergänzen. Geschäftsoptimierungen führten schließlich 2005 zur Einstellung dieser Kartei.

Das Programm der regelmäßigen Veröffentlichungen erlebte 1958 eine Erweiterung mit den kurz gefassten ► **„Monatsberichten“**. Der Zahlenteil der ► **„Statistischen Berichte“** wurde ausgebaut und Ende 1957 stellte man erstmalig diesem Zahlenteil einen ausführlichen Textbeitrag voran.

Das Amt befragte 1959 für das „**Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden**“ sämtliche Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern, da dem Amt die Bearbeitung des Kapitels „Büchereien“ übertragen worden war. Im Herbst 1962 machte das Amt für den Sportausschuss des Deutschen Städtetages eine Erhebung über die Auswirkungen der kommunalen Sportförderung bei allen Mitgliedsstädten.

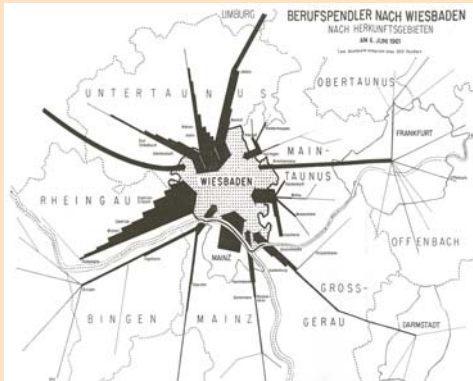
Im Bereich der Landwirtschaft verringerte sich ab Mitte der 1950er-Jahre langsam die Zahl der jährlichen Erhebungen. In den 1960er-Jahren fielen im Bereich der Landwirtschaftsstatistik nur noch wenige Erhebungen an (z. B. Bodenbenutzungserhebung, Arbeitskräfteerhebung), die zum Teil auch nur noch in Form von Stichproben durchgeführt werden mussten.

Zur besseren Beurteilung des **Fremdenverkehrs** kam zur Beherbergungsstatistik noch eine besondere **Kurgaststatistik** hinzu, in der erstmals für 1954 die Kurgäste nach Herkunft, Alter und Geschlecht unterteilt waren. 1960 fand eine **Sondererhebung** über Art, Ausstattung und Preisniveau der Zimmer im Beherbergungsgewerbe statt. Außerdem führte das Amt erstmals 1959/1960 Kontrollen bei den Personen durch, die mit ihrem zweiten Wohnsitz in Wiesbaden gemeldet waren. Das Ziel dieser Aktion war es, die Personen zu ermitteln, die aus der Stadt schon weggezogen waren, ohne sich allerdings abzumelden.

Großen Aufwand erforderten weiterhin die Arbeiten im Bereich der Preisstatistik. Unregelmäßig fanden hier auch **Sondererhebungen** statt (z. B. zur Rabattgewährung im Lebensmitteleinzelhandel, zu den Kosten zum Unterhalt von Kindern). In größeren Zeitabständen war der Korb der Waren immer wieder zu aktualisieren und gegebenenfalls zu ergänzen.

Zu Beginn der 60er-Jahre dominierte die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der **Volkszählung** 1961. Neben der eigentlichen Volks- und Berufszählung gehörte zu der großen Erhebung auch eine nichtlandwirtschaftliche **Arbeitsstättenzählung** und **Gebäude- und Wohnungszählung**.

## Berufspendler nach Wiesbaden im Jahre 1961



Besonders arbeitsaufwendig gestalteten sich zwei Themen: Zum einen die Ermittlung der **Einpendlerzahlen** nach Geschlecht, Herkunft, innerstädtischen Zielgebieten und benutzten Verkehrsmitteln. Hierzu mussten die Merkmale mit Hilfe von Zählblättchen im Amt selbst ausgezählt werden. Zum anderen gestaltete sich die Zusammenstellung der Bevölkerung und der Haushalte in den dicht besiedelten Gebieten auf **Baublockebene** arbeitsaufwendig.

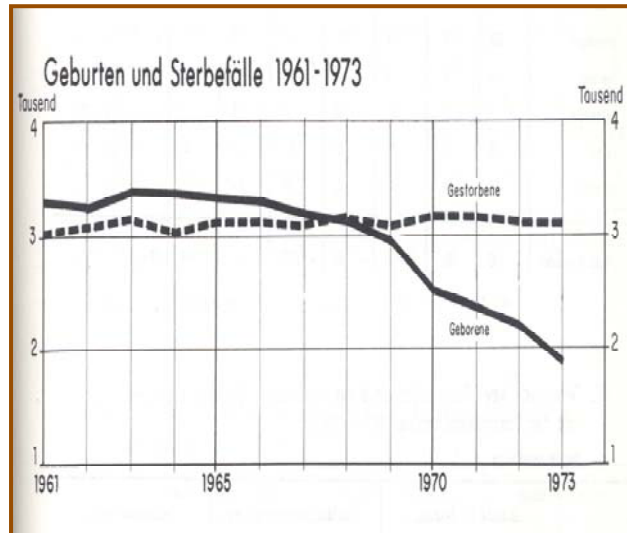
Ab 1962 konnte die Bevölkerung auch nach Altersjahrgängen fortgeschrieben werden, sodass jeweils zum Jahresende aktuelle Zahlen über die Altersgliederung vorlagen. Eine Anfang 1963 angelegte Kartei über die ältesten Einwohner Wiesbadens diente der Unterrichtung der Presse über Geburtstage von betagten Bürgern. Ende des Jahres 1965 kam ein ausführliches ► **„Statistisches Handbuch für die Jahre 1956 - 1964“** heraus.

Für die Pressestelle der Stadt Wiesbaden stellte das Amt ab 1966 Zahlenmaterial für ein kleines ► **Faltblättchen** zusammen, das jährlich aktualisiert in großer Zahl erschien. Das Faltblättchen beinhaltete einen kurzen statistischen Überblick über Wiesbaden. Regelmäßig nutzte man das Faltblättchen auch im Sozialkundeunterricht an Wiesbadener Schulen. Im Herbst 1967 überarbeitete das Statistische Amt und Wahlamt das ► **Straßenverzeichnis** der Stadt Wiesbaden, um einen Straßenschlüssel einführen zu können, der eine unerlässliche Grundlage für das Arbeiten in einer Zentralen Datenverarbeitung darstellt.

Auf Grund der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 sowie des hessischen Kommunalwahlgesetzes vom 6. Juni 1972 beschloss die Stadtverordnetenversammlung die Aufteilung des Stadtgebiets in 20 **Ortsbezirke** mit eigenen Ortsbeiräten, über deren Zusammensetzung ab der Kommunalwahl 1972 zusätzlich zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen war. Dabei erhielt der Stadtbezirk „Wiesbaden-Alt“ eine Untergliederung in sechs Ortsbezirke. Die Neuaufteilung hatte natürlich auch größere Konsequenzen für die Arbeiten im Statistischen Amt und Wahlamt. Sämtliche Ergebnisstabellen nach Stadtbezirken mussten so abgeändert werden, dass eine Darstellung nach Ortsbezirken erreicht wurde. Die Abgrenzung der **statistischen Bezirke** musste ebenfalls überarbeitet werden, wobei ihre Anzahl auf 50 erhöht wurde. Es begannen aber schon bald Überlegungen zur Einteilung des Stadtgebiets und der Orts-

bezirke in **Entwicklungsteilräume**, die die statistischen Bezirke ersetzen sollten. Diese Aufgabe wurde einer **Planungsgruppe** übergeben, an der das Statistische Amt und Wahlamt beteiligt war.

1975 erschien nach längerer Pause ein umfangreiches ► **„Statistisches Handbuch“**, das die Entwicklung in den Jahren 1965 - 1974 tabellarisch und graphisch darstellte.

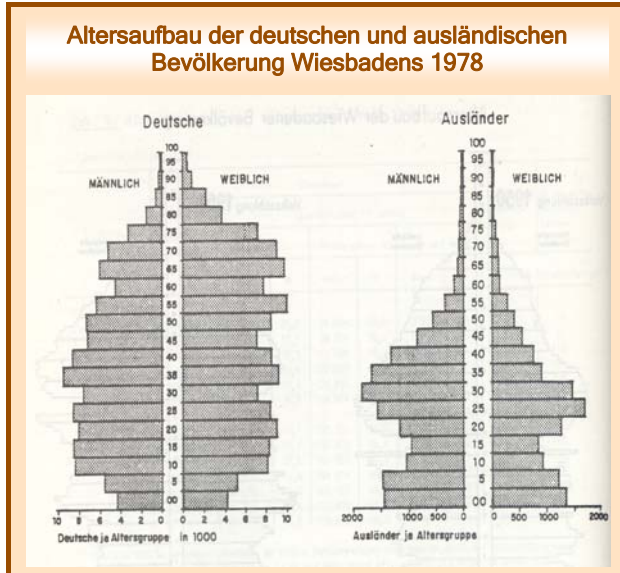


Ab den 70er-Jahren lieferte die Dienststelle auch viele statistische Unterlagen über die Entwicklungen auf den verschiedensten sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gebieten an die Planungsgruppe „Stadtentwicklung“. Als Beispiel für die bei dieser Planungsgruppe in den 70er-Jahren durchgeführten Arbeiten sei hier die kleinräumige Bevölkerungsprognose 1975 - 1985 genannt.

Eine große Aufgabe waren die Vorbereitungen der Konsequenzen neuer Eingemeindungen zum 1. Januar 1977 auf die statistische Arbeit. Zahlreiche Daten der einzelnen Gemeindeverwaltungen mussten besorgt werden, um beispielsweise eine reibungslose Bevölkerungsfortschreibung zu gewährleisten.

1986 erschien eine größere Publikation unter dem Titel ► **„Statistische Informationen für die Wiesbadener Ortsbeiräte 1977 - 1985“**, in der die Entwicklung der Einwohnerzahl und der Bevölkerungsbewegungen, des Wohnungsbestandes und der Bautätigkeit, aber auch der Wahlergebnisse im entsprechenden Zeitraum in den einzelnen Ortsbezirken dokumentiert wurde.

Bereits ab 1976 erfolgte eine EDV-gestützte Erfassung der Wiesbadener Einwohnerdaten durch das Ordnungsamt. So entstand eine **Einwohnerdatenbank**,



die 1982 die ADREMA beim Statistischen Amt und Wahlamt ersetzte. Fortan verarbeitete das kommunale Rechenzentrum die im Einwohnermeldewesen angefallenen Daten und erstellte regelmäßig umfangreiche **Einwohnerstrukturtabellen**, die an das Statistische Amt und Wahlamt geliefert und dort ausgewertet wurden. Im Jahre 1987 wurde die Lohnsteuerkartenstelle an das städtische Ordnungsamt abgegeben.

Nachdem sich die Überlegungen zur Einteilung des Stadtgebiets in Teilentwicklungsräume doch sehr in die Länge gezogen hatten, beschloss die Stadtverordnetenversammlung im April 1986 schließlich die Einteilung der Ortsbezirke in 143 so genannte **Planungsräume**. Dadurch wurde auch gleichzeitig die geltende Einteilung in statistische Bezirke ersetzt.

Wie schon erwähnt, war ab 1954 das Statistische Amt und Wahlamt für die Vorbereitung und Durchführung sämtlicher ► **Wahlen** verantwortlich (Bundestag, Landtag und Stadtverordnetenversammlung, seit 1979 auch Europawahlen). Darüber hinaus fielen aber auch zahlreiche kleinere Wahlen an, die vorzubereiten und durchzuführen waren, wie z. B. die Wahl der Schulvorstände, die Wahl der Schöffen und Geschworenen, die Wahl der Land- und Forstwirtschaftskammer, um nur eine kleine Auswahl zu nennen. Für die größeren Wahlen wurden an den Wahltagen jeweils ca. 1 500 **ehrenamtliche Wahlhelfer** eingesetzt.

Bei der Landtagswahl 1954 führte das Amt zum ersten Mal differenzierte Analysen der **Wahlbeteiligung** sowie des **Wahlergebnisses** nach Alter und Geschlecht der Wähler durch. Dazu sind 15 repräsentative Wahlbezirke ermittelt worden. Die dortigen Wähler bekamen besondere Stimmzettel, auf denen sie ihre Altersgruppe und ihr Geschlecht angeben sollten. Somit wurde der Grundstein gelegt für eine wiederkehrend stattfindende repräsentative Wahlstatistik, deren Ergebnisse in ► **Sonderveröffentlichungen** Eingang finden.

Für die Bundestagswahl bestand erstmalig 1957 die Möglichkeit der **Briefwahl**, um den am Wahltag verhinderten, erkrankten oder verreisten Personen die Stimmabgabe zu ermöglichen. Hierdurch stieg die Nachfrage nach Wahlscheinen sprunghaft an, was einen erheblichen Mehraufwand bei der Wahlvorbereitung bedeutete. Die **Vorauswahl** bei der Landtagswahl 1962 galt damals in Wiesbaden als absolutes Novum. Hierzu mussten besondere Wahlbezirke gebildet werden, in denen unter Benutzung eines Wahlscheins an einem früheren Termin gewählt werden konnte. Außerdem testete das Amt bei der Landtagswahl 1962 in einem Wahllokal die Verwendung eines **Stimmzählgerätes** anstatt der Stimmzettel. Bei der Kommunalwahl 1964 waren erstmalig **bewegliche Wahlvorstände** („fliegende Stimmbezirke“) für Gehbehinderte und Kranke im Einsatz.

Seit der Kommunalwahl 1960 erschienen die ► **„Wahl-Nachrichten“**, um Magistrat und Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Vorbereitungen zur Wahl zu unterrichten. In insgesamt bis zu sieben Heften je Wahl wurden allgemeine Informationen über den Wahlausschuss und die eingereichten Wahlvorschläge, ein Verzeichnis der Stimmbezirke und Wahllokale, Vergleichszahlen früherer Wahlen und die Anweisungen für Mitglieder der Wahlvorstände publiziert. Auch gehörten die **Wahlergebnisse** und die **Wahlanalyse** einschließlich der **repräsentativen Wahlstatistik** seitdem bei jeder größeren Wahl zum Veröffentlichungsprogramm. Seit der Kommunalwahl 1972 führte das Amt zusätzlich zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung auch Ortsbeiratswahlen durch.

## Die Amtsleiterinnen und Amtsleiter

### 1907 - 1920 Herr Dr. Hellmut Rahlson

Vor seiner Berufung war er als Bibliothekar im Statistischen Reichsamt beschäftigt. Er übte das Amt zunächst bis zu seinem Kriegsdienst 1916 und nach dem Krieg bis 1920 aus.

### 1921 - 1931 Herr Prof. Dr. Adolf Unzer

Prof. Dr. Unzer studierte in Heidelberg, Berlin und Kiel, wo er auch promovierte und habilitierte. Bereits seit 1916 war er in der Wiesbadener Statistik ehrenamtlich tätig gewesen.

### 1932 - 1952 Herr Richard Kauffmann

Bereits seit 1903 war Herr Kaufmann bei der Stadtverwaltung Wiesbaden beschäftigt. Er leitete das Amt bis zu seinem Ruhestand.

### 1952 - 1957 Herr Dr. Hermann Kern

Vor der Übernahme der Amtsleitung war der studierte Diplom-Volkswirt mehrere Jahre als Abteilungsleiter beim Statistischen Amt in Frankfurt am Main tätig.

### 1957 - 1985 Frau Dr. Irmgard Kaukars (geb. Feuerpeil)

Die Diplom-Volkswirtin Frau Dr. Kaukars leitete vor ihrer Wiesbadener Amtszeit das Statistische Amt und Wahlamt in Lünen. Sie leitete das Amt bis zu ihrem Ruhestand.

### seit 1986 Frau Dr. Britta Dollinger

Frau Dr. Dollinger studierte Sozialwissenschaften und Volkswirtschaftslehre und promovierte in Soziologie. Nach einer mehrjährigen Tätigkeit als Wissenschaftlerin im Bereich Landes- und Stadtentwicklung wurde sie 1986 zur Leiterin des Amtes berufen.

## Die Standorte des Amtes

1907 - 1920 Altes Rathaus

1920 - 1938 Rathaus

1938 - 1939 Altes Rathaus

1939 - 1945 Rheinstraße 22

1945 - 1947 Taunusstraße 46/48

1947 - 1948 Luisenstraße 41

1948 - 1951 Dotzheimer Straße 3

1951 - 1963 Rathaus

1964 - 1972 Mainzer Straße 13

1972 - 1982 Gustav-Freytag-Str. 10

1982 - 1987 Schillerplatz 1-2

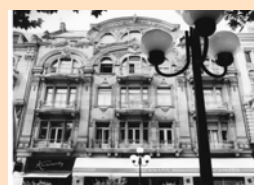
seit 1987 Wilhelmstraße 32



Altes Rathaus um 1920



Rathaus um 1930



Wilhelmstraße 32

(Bildmaterial vom Wiesbadener Stadtarchiv)

### ↳ 1986 bis heute: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

Durch die ► **Eingliederung der Stadtforscher** aus der ehemaligen Planungsgruppe „Stadtentwicklung“ erfuhr das Statistische Amt und Wahlamt im Sommer 1986 letztmalig eine organisatorische Erweiterung. Seither führt das Amt dementsprechend die Bezeichnung ► **„Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung“**.

Ab 1987 begann im Amt der systematische Aufbau einer elektronischen **Datenverarbeitung** und damit hatte die nicht mehr zeitgemäße Zettelkartei ausgedient.

Ab 1990 konnten die **Einwohnermeldebögen** elektronisch erfasst werden, wobei zur regionalen Zuordnung der Adressen die Straßenschlüsselnummern Verwendung fanden. Auch die Herkunft der Zuziehenden und das Ziel der Fortziehenden hatte man erfasst. Hierdurch bestand die Möglichkeit, die **Bevölkerungsbewegungen** ab jetzt nach verschiedenen

**Zettel zur Erfassung der  
Einwohnermeldedaten  
aus dem Jahre 1986**

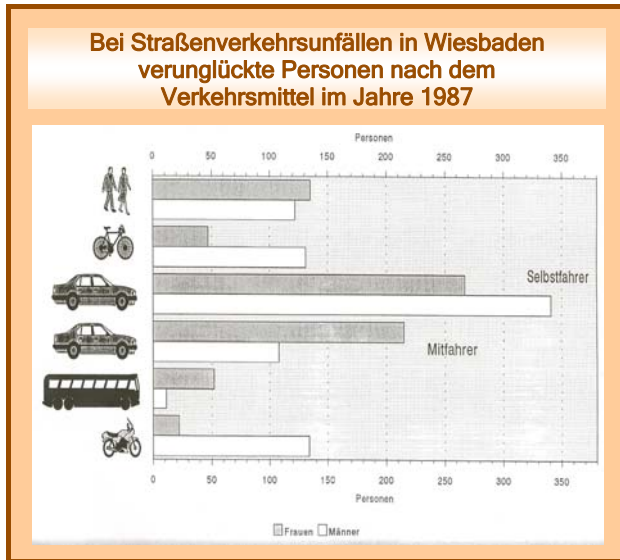
ZUZUG / FORTZUG / UMZUG	1986
(weiß) (grün) (gelb) (Monat)	
Geschlecht (m = 1, w = 2)	2
Geburtsjahr (2 letzte Zahlen)	35
Familienstand (led. = 1, verm. = 2, verw. = 3, gesch. = 4)	2
Staatsangehörigkeit Deutsch (Ankreuzen) Ausländer (Schlüssel-Nr.)	40
Herkunfts- bzw. Zielgebiet (Schlüssel-Nr.; nicht bei Umzug)	60
Stat.-Bezirk	21
Zuzug	
Fortzug	

\*) 1983 und früher geboren: 4 Zahlen

Kriterien auszuwerten. Eine Fortschreibung der Bevölkerung nach Ortsbezirken und Geschlecht erfolgte monatlich. Um Angaben über die Altersstruktur des Bevölkerungsbestandes geben zu können, musste allerdings auf die Einwohnerstrukturtabellen des kommunalen Rechenzentrums zurückgegriffen werden. Diese konnten aber auch bald in Form von **Einzeldatensätzen** elektronisch bereitgestellt werden.

Ebenfalls ab dem Jahre 1990 erfuhr der Tabellenanhang in den „Statistischen Berichten“ einen gründlichen Umbau, im Zuge

dessen er zum ► **„Statistisches Kurzinformationssystem (STAKIS)“** umbenannt worden war. Hiermit sollte ein umfängliches Bild der demographischen, sozioökonomischen und soziokulturellen Situation in der Stadt geliefert werden, um den breiten Informationsbedürfnissen Rechnung tragen zu können. Im vierten Heft jeden Jahres erschien neben dieser **Quartalsstatistik** auch eine **Jahresstatistik**. Seit 2002 steht dieser Teil einerseits als eigenes ► **„Jahrbuch“** im Veröffentlichungsverzeichnis des Amtes und andererseits als ► **„Statistisches Informationssystem“** auch im Internet. In den ► **„Statistischen Berichten“** erschienen ab 1990 nach längerer Unterbrechung auch wieder Textbeiträge zu unterschiedlichsten Themen.



Der ► „Kommunale Datenreport für die Jahre 1985 bzw. 1987 bis 1992“ dokumentiert in zwei Bänden die verschiedenen statistischen Daten über einen längeren Zeitraum. Im ersten Band standen die Entwicklung in der Gesamtstadt getrennt für die Beobachtungsfelder Bevölkerung, Bauen und Wohnen, Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Finanzen, Verkehr, Bildung und Kultur sowie Soziales, Gesundheit und Umwelt im Mittelpunkt.

Der zweite Band widmete sich der Entwicklung in den einzelnen Ortsbezirken.

Mit Hilfe des Mitte der 1990er-Jahre geschaffenen **Schnittstellendatensatzes** zur Datenbank beim Einwohnermeldewesen konnte neben einem **Bestandsdatensatz** auch ein **Bewegungsdatensatz** erzeugt werden. Mithin existierte die Möglichkeit Bevölkerungsbestand und -bewegungen nach verschiedenen Kriterien und vor allem in jeder sinnvollen regionalen Abgrenzung auszuwerten. Aus diesem Verfahren lag zum ersten Mal am 31. Dezember 1996 ein Bevölkerungs-Bestandsdatensatz vor. Seit Beginn des Jahres 1997 konnten monatlich Bewegungsdatensätze zur Verfügung gestellt werden. Dies bewirkte, dass eine eigene Bevölkerungsfortschreibung ab diesem Zeitpunkt nicht mehr erforderlich war. Genauso wurde die Eingabe der Meldebögen des Einwohnermeldeamts und der Standesämter eingestellt.

In ähnlicher Weise gelang es, viele Daten aus den Geschäftsabläufen anderer Ämter für die Zwecke der Kommunalstatistik zu erschließen, sodass heute für die unterschiedlichsten kommunalen Bereiche **Einzeldatensätze** zur statistischen Analyse bereitstehen.

In größeren zeitlichen Abständen fanden in Wiesbaden **Bevölkerungsprognosen** mit Folgeprognosen statt, für die nach Eingliederung der Planungsgruppe „Stadtentwicklung“ das Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung zuständig war. So erschien 1990 eine Bevölkerungs-, Haushalts- und Wohnungsbedarfsprognose für die Jahre bis 2010. 1996 legte man eine kleinräumige Bevölkerungsanalyse bis 2010 vor. Die momentan letzte Bevölkerungsprognose folgte 2003 mit Prognosewerten bis 2020.

Seit 1996 besteht für kürzere Berichte die Veröffentlichungsreihe ► **„Stadtbeobachtung aktuell“**. Zwischen 1997 und 2000 erschienen die beiden ► **Faltblätter „Wirtschaftsbarometer“** sowie **„Wohnungsmarktbarometer“**. Aus diesen beiden Papieren entwickelten sich die modernen ► **„Monitoringsysteme“**, die das Amt seit 2004 regelmäßig erstellt. Um auch für kleinräumigere Betrachtungen Informationen in kurzer und übersichtlicher Form präsentieren zu können, wurden ab 2002 so genannte ► **„Stadtteilprofile“** entwickelt, die jährlich fortgeschrieben werden. Bis Ende des Jahres 2001 ermittelte das städtische Amt noch zahlreiche Daten aus dem Bereich der Preisstatistik im Auftrag des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Die Ergebnisse der Arbeiten im Bereich Stadtforschung werden seit 1989 in der Publikationsreihe ► **„Wiesbadener Stadtanalysen“** sowie teilweise auch in ► **„Stadtbeobachtung aktuell“** veröffentlicht. Neben diesen Arbeiten fanden in der Stadtforschung auch viele weitere themengebundene Analysen statt. Deren Ergebnisse flossen in zahlreiche Arbeitspapiere ein, die wiederum von anderen Ressorts der Stadtverwaltung aufgegriffen wurden. So beschäftigten sich die Stadtforscher zu Beginn der 90er-Jahre u. a mit **regionalen Kooperationsmodellen** im Rhein-Main-Gebiet und dem **kommunalen Finanzausgleich** im Rhein-Main-Kontext. Neben Untersuchungen über die Lebensverhältnisse bestimmter sozialer Gruppen und über bestimmte soziale Problembereiche fanden vor allem Analysen zu Stadtteilen, Wohnquartieren und Gewerbegebieten statt.

Auch im Bereich Wahlen kam es zu einigen Neuerungen bzw. Ergänzungen in den letzten 20 Jahren. So erfolgte ab der Bundestagswahl 1990 eine Erweiterung der Wahlanalyse durch die Betrachtung der **Partei-Hochburgen**. Ab 1997 kam eine Analyse der **Wählerwanderungen** hinzu. Seit vielen Jahren werden bereits am Wahlabend die Ergebnisse im Rathaus präsentiert, in dessen Rahmen seit 1989 auch eine **Hochrechnung** der Ergebnisse stattfindet. Erstmals bestand bei der Kommunalwahl 2001 die Möglichkeit des **Panaschierens und Kumulierens**, wodurch sich insbesondere der Aufwand bei der Stimmauszählung beträchtlich erhöhte. Die vollständige Auszählung war nicht mehr länger in den Wahllokalen möglich.